

VII. Flucht postmigrantisch denken: Vom Asyl-Paradigma zur Alltagspraxis

Die Macht der Zuschreibung

Als Fünfjährige kam Mateja illegal nach Deutschland – ein abgemagertes Kind in einem fremden Land, dessen Sprache sie nicht verstand.¹ Von da an trug sie den Stempel »Flüchtling«, der ihre Individualität überdeckte und sie, wie so viele andere, als Teil einer gleichförmigen Masse in eine passive Flüchtlingsidentität zwängte – ein Etikett, das nicht verschwand, sondern über die Jahre, unter neuen Namen, haften blieb. Aus »Flüchtling« wurde die Geflüchtete, die Ausländerin, die Migrantin, die Frau mit Migrationshintergrund. Doch die Kategorie löste sich nicht auf: Stets blieb sie die Andere, Nichtzugehörige.

Besonders in ihrem Beruf als Schauspielerin erlebte sie diese Zuschreibung auf eindringliche Weise. Trotz ihres Schauspielstudiums wurden ihr fast ausschließlich stereotype Rollen angeboten – die Ostblock-Prostituierte, die gebrochenes Deutsch spricht, die schweigsame Putzfrau, die schrill gekleidete Roma. Die Film- und Theaterwelt reduzierte sie auf eine ethnische Projektionsfläche, auf ein »Alien«, das nicht zum inneren Kreis der deutschen Kultur gehörte.

Diese ständige Fremdverortung brachte sie dazu, das Wort »Flüchtling« selbst genauer zu betrachten. Die Endung »-ling« – zu finden in Wörtern wie »Pflifferling« oder »Lehrling« – wirkt oft verkleinernd, während sie in anderen Begriffen wie »Sträfling« oder »Häftling« eine negative Konnotation trägt. Niemand aus der privilegierten ersten Welt würde sich je als »Flüchtling« bezeichnen. Das Wort trägt eine unausgesprochene Hierarchie in sich – eine Markierung von Schwäche, Bedürftigkeit und Anderssein.

Doch Mateja weigert sich, diese Zuschreibung weiterhin passiv zu akzeptieren. Ihre Geschichte zeigt, wie tief gesellschaftliche Stigmata verwurzelt sind – und wie notwendig es ist, sie zu hinterfragen und aufzubrechen.

1 Mateja Meded (2018): Wütende Frau mit Migrationshintergrund (15. Februar 2018). In Zeit-Online: <https://www.zeit.de/kultur/2018-02/rassismus-fluechtlinge-ausgrenzung-sprache-demokratie-10nach8>

Ein postmigrantischer Blick

Kaum ein politisches Thema ist seit Jahren so von Emotionen und einseitigen Narrativen getragen wie der öffentliche Diskurs über Flucht. Geflüchtete werden überwiegend als zu große, homogene Gruppe dargestellt, dominiert von der Vorstellung, die meisten seien »Wirtschaftsflüchtlinge«, die »unsere Gesellschaft überschwemmen«. Die Debatte ist zudem von einem kriminalisierenden Unterton durchzogen, besonders wenn es um Menschen geht, die aus Not und Elend fliehen. Wie Josef Haslinger treffend formuliert: »Als käme es einem Verbrechen gleich, wenn jemand sich auf den Weg macht, um zu überleben« (Haslinger 2016: 22).

Nach Donatella Di Cesare ist die Trennung zwischen politischen und wirtschaftlichen Fluchtgründen grundsätzlich infrage zu stellen: »Auch die Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten und Wirtschaftsmigranten trägt nicht mehr. Sie wäre der Behauptung gleichzusetzen, dass die Verarmung ganzer Kontinente keinerlei politische Ursachen hat« (Di Cesare 2021: 147).

Aus einer verengten Sichtweise wird weiterhin ignoriert, dass Geflüchtete aus unterschiedlichen, zwingenden Gründen ihre Heimat verlassen, vielschichtige Lebenserfahrungen mitbringen, aber durch restriktive gesellschaftliche Bedingungen im Ankunftsland meist in prekäre Verhältnisse abgedrängt werden: »In Ermangelung eines ›Rechts‹, Rechte zu haben, werden diejenigen, die eigentlich am stärksten geschützt werden müssen – einmal mit dem Stigma der Überflüssigkeit versehen, der weltweiten Polizeigewalt ausgeliefert, um abgewiesen, deportiert und interniert zu werden« (Di Cesare 2021: 55).

Statt pauschale Bilder zu reproduzieren, wäre es an der Zeit, den Blick zu wenden und die Lebensrealitäten geflüchteter Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Anstatt sie als Vertreter homogener ethnischer oder religiöser Gruppen zu betrachten, werden sie dann als Experten ihrer eigenen Lebenspraxis verstanden – als handelnde Personen, die aktiv mit gesellschaftlichen Strukturen umgehen, sich in diesen positionieren und eigene Möglichkeitsräume schaffen.

Flucht und Migration vom Rand ins Zentrum gesellschaftlicher Analyse zu rücken, bedeutet, sie als zentrale Perspektiven für das Verständnis globaler und lokaler Dynamiken zu begreifen. Ein postmigrantischer Blick auf Flucht und Geflüchtete erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit hegemonialen Migrations- und Fluchtdiskursen, die restriktive, entmündigende und stereotype Deutungen reproduzieren. Diese Perspektive stellt sich gegen eine hegemoniale Wissensproduktion, indem sie bisher ausgeblendete Zusammenhänge in Gegenwart und Vergangenheit ins Licht rückt (vgl. Yildiz 2020).

In der aktuellen politischen Debatte über »Flucht« erweist sich, dass Europa sich zunehmend als Festung versteht und legale Migrationswege drastisch einschränkt. Wo reguläre Wege versperrt werden, finden Menschen, die vor Verfolgung, Krieg

oder Hunger und Klimakatastrophen fliehen, alternative, oft lebensgefährliche Routen.

Menschen, die seit 2015 nach Europa geflohen sind, stehen besonders im Fokus der Öffentlichkeit. Ihre Lebensräume werden systematisch reguliert, ihre Bewegungsfreiheit limitiert, ihre Handlungen überwacht und zunehmend kriminalisiert. Die Auseinandersetzung mit Flucht bleibt dabei auffallend selektiv. Kaum wird anerkannt, dass Fluchtbewegungen kein neues Phänomen sind. Millionen Menschen waren in Folge der Weltkriege und weiterer Konflikte auf der Flucht – nicht zuletzt innerhalb Europas. Wie Saskia Sassen bereits vor Jahrzehnten bemerkt hat, handelt es sich um einen »Diskurs der Auslassung« (Sassen 1996: 10). Dieses Kapitel versteht sich daher als konzeptionelle Überlegung für eine zukünftige, *postmigrantisch ausgerichtete Fluchtforschung*. Zentral ist dabei eine kontrapunktische Lesart, die herrschende Diskurse dekonstruiert, Dominanzstrukturen enthüllt und eine erkenntnistheoretische Wende anregt.

Der öffentliche Diskurs über Geflüchtete

Der aktuelle Diskurs über Geflüchtete in Österreich und Deutschland wird von drei dominanten Mustern getragen:

Erstens ist darin eine ahistorische Dramatisierung zu erkennen. Es wird der Eindruck vermittelt, Flucht sei ein neues Phänomen und die Gesellschaften davon weitgehend überfordert. Dabei haben Österreich und Deutschland im 20. Jahrhundert bereits mehrfach »Flüchtlingskrisen« bewältigt – etwa nach dem Zweiten Weltkrieg, während des Jugoslawienkriegs oder nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Diese historischen Erfahrungen, die keineswegs gesellschaftliche Katastrophen ausgelöst, sondern oft zu erfolgreichen Ankommensprozessen geführt haben, werden in der aktuellen Debatte systematisch ausgeblendet.

Zweitens wird der öffentliche Fluchtdiskurs durch Überflutungsmetaphern skandalisiert. Die Debatten sind geprägt von Bildern drohender Überforderung: Fluchtbewegungen werden als »Ströme«, »Wellen«, »Fluten«, »Tsunamis« beschrieben – Naturkatastrophen gleich, die kontrolliert oder abgewehrt werden müssen. Diese Wortwahl verstärkt die Wahrnehmung, dass es sich um eine abstrakte Bedrohung handelt, nicht um individuelle Menschen mit Biografien, Hoffnungen und Rechten.

Drittens werden Menschen in »echte« und »unechte« Geflüchtete eingeteilt. »So sind die westlichen Staaten darin übereingekommen, diese Migranten, diese falschen Flüchtlinge, zurückzuweisen. [...] Auf der einen Seite die »Guten«, auf der anderen Seite die »Bösen«, einerseits die »Echten«, andererseits die »falschen Flüchtlinge«, so die prägnante Feststellung von Donatella Di Cesare (2021: 139).

Besonders das Konstrukt des »Wirtschaftsflüchtlings« spielt in der Abwehrdebatte eine zentrale Rolle. Es suggeriert, dass Migration aus wirtschaftlichen Gründen illegitim sei – dabei wird übersehen, dass Millionen Europäer über Jahrhunderte hinweg aus eben diesen Gründen nach Übersee ausgewandert sind.

Diese drei Punkte formen das öffentliche Bild der Flüchtlingsfigur als entweder bedrohlich fremd oder als hilfloses Opfer. Die visuelle und diskursive Darstellung von Geflüchteten folgt oft eindimensionalen Deutungsfiguren, die komplexe Subjektpositionen verdecken. Wie Heidrun Frieze (2017: 14) kritisch anmerkt, werden uns »in einer Endlosschleife [...] Bilder von Geflüchteten« vorgeführt, die mobile Menschen entweder als »bedrohlichen Feind, als Opfer oder als Heroen und Befreier« inszenieren. Diese Bilder sind nicht neutral, sondern politisch wirksam: Sie erzeugen affektive Ordnungen von Angst, Mitleid oder moralischer Aufladung – und lenken damit den Blick weg von der realen Vielstimmigkeit, Handlungsmacht und Widersprüchlichkeit geflüchteter Menschen. Postmigrantisches Kulturrort und künstlerische Praktiken setzen genau hier an: Sie hinterfragen die standardisierten Bildpolitiken und schaffen alternative Formen der Sichtbarkeit und Selbstrepräsentation, die jenseits der dominanten Visualisierungslogiken operieren.

So schafft die diskursive Konstruktion der »Flüchtlingsfigur« eine Differenz, die als unveränderliche Eigenschaft naturalisiert wird. Der Status »Flüchtling« ist jedoch nicht inhärent – er wird erst durch nationale Grenzregime, rechtliche Klassifikationen und institutionelle Praktiken produziert. Diese sozial konstruierten Kategorien formen die Wahrnehmung von Realität und Normalität.

Mediale Inszenierung und »moralische Panik«

Die Rolle der Medien im Fluchtdiskurs kann kaum überschätzt werden. Die massenhafte Verbreitung von Bildern hat längst den Charakter einer Kampagne angenommen, in der visuelle Inszenierungen eine zentrale Rolle spielen. Die Bildsprache der Berichterstattung verstärkt dramatisierende Narrative und reproduziert stereotype Vorstellungen von Geflüchteten.

Öffentliche Kontroversen wurden mit Bildern drohender Überflutung entfacht: Skandalisierung der geflüchteten Menschen statt der Fluchtursachen, wandernde und lagernde Menschenmassen, überfüllte Boote und Hallen verstärken den Eindruck, Europa müsse sich vor den Geflüchteten schützen, um die Krise zu bewältigen. Während die Stimmung von Hilfsbereitschaft in Abwehr umschlägt, wurde eine mediale Ent-Subjektivierung vorangetrieben. Wir sahen nur noch Massen statt Menschen. Zygmunt Bauman beschreibt diese Prozesse als Mixophobie – die Angst vor einer nicht kontrollierbaren Vielfalt (Bauman 2016: 14). Die Darstellung von Fluchtbewegungen als unkontrollierbare Massen schafft eine »moralische Panik«

(ebd.: 7). Bauman beschreibt moralische Panik als Teil eines Mechanismus, mit dem moderne Gesellschaften Angst und Unsicherheit verarbeiten und dabei häufig auf Feindbilder, Ausgrenzung und Sicherheitsdiskurse zurückgreifen.

Mit anderen Worten: Die geflüchteten Menschen im Jahr 2015 und danach wurden von Beginn an mit Polizei und Behörden, also mit Disziplinierungsmaßnahmen und rechtlichen Hindernissen konfrontiert. Nicht die humanitäre Perspektive, nicht soziale Teilhabe, sondern ein rigides Ordnungsprinzip bestimmte den Umgang: Exkludiert vom Arbeitsleben, eingesperrt in gesonderte Wohneinheiten und sprachlich mit dem Begriff ›Asylant‹ klassifiziert, wurden sie zu prototypischen Menschen unter generellem Anomieverdacht. Dass dieser restriktive Umgang weitreichende Folgen für den konkreten Lebenszusammenhang der Betroffenen hat, versteht sich von selbst.

Anhand der aktuellen Debatten lässt sich erkennen, wie schnell Grenzen geopolitisch neu definiert werden und wie sie als Sortiermaschine funktionieren. So wird die Ukraine heute als »Teil der europäischen Familie« platziert und ukrainische Geflüchtete als zugehörig zum »europäischen Wir« definiert. Zu solchen Grenzregimes schreibt Steffen Mau treffend:

»Mit manchen Pässen kann man Grenzen relativ ungehindert überqueren, ist willkommen und mobilitätsprivilegiert, andere Pässe wirken wie ein Stigma, das von Mobilitätsrechten ausschließt und das Reisen erschwert, ganz unabhängig von den Eigenschaften des individuellen Trägers bzw. der individuellen Trägerin. Mit bestimmten Pässen wird man zum Verdacht- und Kontrollobjekt abgestempelt und steht in der globalen Hierarchie ungleich verteilter Mobilitätsrechte ganz unten.« (Mau 2021: 89)

Ein weiterer zentraler Mechanismus ist die Opferkonstruktion. Wie Heike Niedrig und Louis Henri Seukwa (2010) betont haben, wird durch das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention eine Art Opfernorm geschaffen. Nur wer als glaubwürdiges Opfer erscheint, kann Schutz erhalten. Damit werden Geflüchtete gezwungen, ihre Biografien so zu erzählen, dass sie in das Schema der schutzbedürftigen Passivität passen.

Soziale Maßnahmen und Integrationspolitik verstärken diese Kategorisierung, indem sie Geflüchtete als mangelbehaftete Subjekte betrachten. Ihnen werden Defizite zugeschrieben, die etwa durch Sozialarbeit behoben werden sollen – ein paternalistisches Modell, das geflüchtete Menschen ihrer Eigenverantwortung beraubt und ihre Perspektiven und Erfahrungen ignoriert. Der öffentliche Diskurs schafft damit eine normierende Wirkung, die tief in alltägliche Praxen eingreift. Geflüchtete werden auf bestimmte Problemlagen reduziert, während ihre Perspektiven und Handlungsfähigkeit ausgeblendet bleiben.

Ein *postmigrantischer* Ansatz setzt genau hier an: Er hinterfragt diese naturalisierten Wahrnehmungen, dekonstruiert hegemoniale Deutungsmuster und eröffnet Räume für alternative Erzählungen. Denn Migration und Flucht sind keine Ausnahmeerscheinung – sie sind eine historische Normalität und ein fester Bestandteil gesellschaftlicher Realität.

Eine andere Sicht der Dinge: Gegenerzählungen

Eine *kontrapunktische* Lesart macht alternative Wirklichkeiten sichtbar. Wenn historische Entwicklungen neu gedacht, das Marginalisierte thematisiert und Erfahrungen der Betroffenen zum Ausgangspunkt genommen werden, entsteht ein differenzierteres Bild: Statt geflüchtete Menschen als passive Opfer oder Bedrohung zu sehen, rückt ihr individuelles Handeln in den Fokus. Sie resignieren nicht, sondern entwickeln trotz restriktiver Bedingungen Überlebensstrategien und Wege der Selbstermächtigung. Fluchtmigration ist nicht bloß eine Reaktion auf Notlagen, sondern eine eigensinnige Praxis, in der Menschen aktiv agieren – als Experten ihrer eigenen Lebensentwürfe (vgl. Tuidor & Trzeciak 2015: 373).

Studien zu Fluchtbiografien zeigen, dass sich geflüchtete Menschen mit gesellschaftlichen Barrieren auseinandersetzen, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten vor Ort neu übersetzen und kreative Wege der Selbstverortung finden (vgl. exemplarisch Schacht 2021). Dieser Perspektivwechsel markiert einen Bruch mit hegemonialen Diskursen und eröffnet eine neue »Topografie des Möglichen«. Gleichzeitig fordert er eine kritische Reflexion über die bisherige Wissensproduktion und deren Leerstellen heraus – eine erkenntnistheoretische Wende.

Diese alternative Perspektive ist auch bildungspolitisch und gesellschaftlich relevant. Sie kann langfristig zur Verringerung der Marginalisierung und Stigmatisierung Geflüchteter beitragen. Indem wir die Lebensgeschichten und Erfahrungen der Menschen in ihrer Relevanz anerkennen, statt sie auf Defizite zu reduzieren, gewinnen wir ein differenzierteres Verständnis der Kompetenzen, die sie unter oft widrigsten Umständen entwickelt haben. Fluchterfahrungen bringen überlebenswichtige Fähigkeiten hervor, die gerade in von Fremdbestimmung, sozialer Isolation und Unsicherheit geprägten Situationen essenziell sind. Die folgende Fluchtbiografie führt anschaulich vor Augen, was Flucht für die betreffenden Personen biografisch bedeutet, wie damit umgegangen wird und wie Menschen unter sehr restriktiven Bedingungen doch Wege, Umwege oder Sonderwege finden, um zu überleben:

Abbas – Flucht als Überlebensstrategie

Abbas wurde in Syrien, an der Grenze zum Irak, geboren und wuchs dort auf. Mit siebzehn Jahren, im Jahr 2015, trat er die Flucht an – ein Schritt, den seine Mutter unterstützte und für notwendig hielt. Zwei zentrale Aspekte prägen seine Erzählung: die Flucht, die sein Leben unwiderruflich veränderte, und seine Diskriminierungserfahrungen in Deutschland.

Seine Odyssee begann mit einem kurzen Aufenthalt in der Türkei. Danach wagte er mit anderen syrischen Geflüchteten die Überfahrt nach Griechenland auf einem Boot. In Griechenland lebte er drei Monate lang ohne Papiere, wurde in Saloniki von der Polizei festgenommen und tagelang inhaftiert. Schließlich gelang ihm die Weiterreise nach Italien – versteckt in einem Lastwagen. In Italien, ohne finanzielle Mittel, übernachtete er in Parks und ernährte sich von Essensausgaben der Kirchen. Von dort schlug er sich weiter über die französische Grenze nach Paris durch und gelangte schließlich über Hamburg nach Köln.

Dort wurde ihm zunächst ein Platz in einem Übergangwohnheim zugewiesen, später ein Jahr lang in einem Asylbewerberheim. Ein Wendepunkt in seinem Leben war die Ausstellung seines Flüchtlingspasses – sein erstes offizielles Dokument nach der Flucht. Dieser Pass ermöglichte ihm den Zugang zu Sprachkursen und ersten Arbeitsmöglichkeiten. Doch die Realität auf dem Arbeitsmarkt blieb ernüchternd: Ohne Schulabschluss und Ausbildung war er gezwungen, prekäre und unterbezahlte Tätigkeiten anzunehmen. Nach einem Jahr verlor er seinen Job, weil kein Bedarf mehr bestand.

Sein Leben in Deutschland beschreibt er resigniert: »Ich bin hierhergekommen, um unglücklich zu werden«. Einerseits ist er dankbar, aus Syrien geflohen zu sein, andererseits scheiterten seine Versuche, sich eine stabile Existenz vor Ort aufzubauen. Seine Deutschkenntnisse reichen nicht für eine Ausbildung, die wenigen Jobs, die er findet, sind schlecht bezahlt. Rückblickend bereut er, dass er nicht nach Kanada ausgewandert ist, wie ursprünglich geplant.

Trotz allem gibt Abbas seine Hoffnungen nicht auf. Er blickt nach Schweden, wo eine Tante lebt, oder in die USA, wo ein Onkel ist – vielleicht könnte er dort ein neues Leben beginnen. Seine Flucht hat ihn zu einem der vielen Menschen gemacht, die sich in der globalisierten Welt immer wieder neu orientieren müssen. Sein Schicksal steht beispielhaft für einen Habitus der Überlebenskompetenz – das permanente Aushandeln von Zugehörigkeit, Chancen und Zukunftsperspektiven in einer Welt, die ihn stets als Fremden betrachtet.

Zivilgesellschaftliche Perspektiven: Neue Formen der Solidarität

Mit der Fluchtbewegung im Sommer 2015 kam es europaweit zu einem starken zivilgesellschaftlichen Engagement. Viele Initiativen wurden gegründet, um Geflüchtete zu unterstützen – nicht nur als kurzfristige Soforthilfe, sondern mit langfristigen, transnationalen Strukturen. So haben Fluchtbewegungen nach Europa nicht nur politische Debatten ausgelöst, sondern auch tiefgreifende Veränderungen in lokalen Kontexten bewirkt. Besonders auf Gemeindeebene sind neue Formen des Zusammenlebens und der Solidarität entstanden.

Es hat sich gezeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement eine zentrale Rolle im Umgang mit Fluchtbewegungen gespielt – und zugleich neue Perspektiven auf Migration und gesellschaftliche Zugehörigkeit eröffnet hat. Werner Schiffauer spricht in diesem Zusammenhang von einer »neuen Bürgerbewegung«, die nicht nur Geflüchtete unterstützt, sondern auch das gesellschaftliche Verständnis von Migration und Zusammenleben transformiert (Schiffauer 2017: 15ff).

Diese Bewegung schafft neue Möglichkeitsräume und alternative politische Handlungsformen, in denen Solidarität nicht paternalistisch verstanden wird, sondern als gemeinschaftliches Handeln. Besonders in lokalen Kontexten ist eine neue Verantwortungskultur entstanden, in der Initiativen und kreative Lösungsansätze über formale Integrationsmaßnahmen hinausgehen: »Dies ist politisch, weil hier neue Möglichkeitsräume geschaffen werden, die es erlauben, neue Wege zu gehen. Neues und Anderes wird denkbar« (Schiffauer 2017: 19).

Persönliche Begegnungen mit geflüchteten Menschen haben dabei eine zentrale Bedeutung: Sie ermöglichen einen Perspektivwechsel und stellen ein Gegengewicht zur medialen »moralischen Panik« (vgl. Bauman 2016) dar. Sie dekonstruieren stereotype Narrative, indem sie Menschen nicht auf ihre Fluchtgeschichte reduzieren, sondern ihre Individualität sichtbar machen und ernst nehmen.

Im Gegensatz zu institutionellen Maßnahmen, die Geflüchtete oft in einer Opferrolle verankern, setzt zivilgesellschaftliches Engagement stärker auf Selbstbefähigung (Empowerment). Es entstehen neue Kommunikationsformen und Handlungsmöglichkeiten, die sich nicht nur an bestehende Strukturen anpassen, sondern sie teilweise auch herausfordern und transformieren.

Wie die Biografie von Abbas deutlich macht, befinden sich Geflüchtete oft in einer ambivalenten Lage: Während sie in ihrem Herkunftsland Gefahren entkommen sind, sehen sie sich in ihrem neuen Umfeld rechtlichen und sozialen Herausforderungen gegenübergestellt.

Solidarität erscheint jedoch kein statisches Konzept zu sein, sondern eine Praxis, die ständig neu verhandelt und weiterentwickelt wird. In manchen Fällen bleibt sie auf die lokale Ebene beschränkt, während sie in anderen Zusammenhängen grenzüberschreitend funktioniert.

Praktische Relevanz einer Neuausrichtung in der Forschung

Eine kontrapunktische Forschung über Flucht und Geflüchtete dekonstruiert hegemoniale Normalitätsvorstellungen und rückt marginalisierte Perspektiven ins Zentrum (vgl. Hess 2015: 49ff). Es geht darum, das Ausgelassene, Vergessene und Verdrängte sichtbar zu machen. Maria Castro Varela bringt dies auf den Punkt: »Das kontrapunktische Lesen schlägt Risse in die hegemonialen Erzählungen« (Castro Varela 2015: 36).

Fluchtforschung, die sich lediglich als Forschung über Geflüchtete versteht, bleibt in nationalstaatlichen und ethnisierenden Kategorien gefangen. Sie reproduziert binäre Trennungen nach dem Muster »Wir« versus »die Anderen« und erweist sich damit kaum in der Lage, eine wirklich zeitgemäße Gesellschaftsanalyse im globalen Kontext zu betreiben.

Dabei liegt gerade in der aktuellen Situation die Chance, über soziale Gerechtigkeit neu nachzudenken und gesellschaftliche Institutionen – von Bildung bis Wohnungsmarkt – im Sinne einer inklusiveren Gesellschaft zu demokratisieren. Das postmigrantische Paradigma kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Durch eine veränderte Lesart historischer und gegenwärtiger Entwicklungen und durch alltagsnahe, mehrperspektivische Beobachtungen können alternative Denkräume entworfen werden. Die biografischen Erzählungen geflüchteter Menschen können nicht nur historisch eingeordnet, sondern auch mit Blick auf gegenwärtige Herausforderungen reflektiert und weitergedacht werden.

Diese Art der Wissensproduktion rückt marginalisierte Erfahrungen und Stimmen in den Fokus. Sie kann neue Impulse für postmigrantische Bildungs- und Gesellschaftskonzepte liefern.

Die gewonnenen Erkenntnisse aus einer kontrapunktischen Forschung sind nicht nur für wissenschaftliche Analysen relevant, sondern auch für praktische Handlungsfelder. Sie regen zur kritischen Reflexion über bestehende Deutungsmuster in Wissenschaft, Politik und Medien an. Sie tragen dazu bei, Stereotypen zu dekonstruieren und ihre strukturellen Entstehungsbedingungen zu hinterfragen. Sie ermöglichen eine differenzierte Betrachtung von Ankunfts- und Verortungsprozessen, die über bloße Integrationsdiskurse hinausgeht.

Die sogenannten *Refugee Studies* haben sich bisher nur punktuell mit dem Zusammenhang zwischen den mitgebrachten Ressourcen geflüchteter Menschen und ihren Erfahrungen in den Aufnahmeländern befasst. Eine differenzierte Analyse dieser Prozesse ist jedoch ohne einen grundlegenden Perspektivwechsel kaum möglich. Indem wir Flucht nicht als Defizit, sondern als aktive, widerständige und kreative Praxis betrachten, können wir neue Perspektiven auf Gesellschaft, Migration und Zukunftsvisionen gewinnen.

Wie das biografische Beispiel zeigt, versuchen die geflüchteten Menschen trotz restriktiver Bedingungen, sich zu verorten und eine Zukunft zu entwerfen, konvi-

viale Fähigkeiten zu entwickeln, eine Art »Ethik der Konvivialität« (Back & Sinha 2016: 522).

Wie Regina Römhild in Anlehnung an Paul Gilroy anmerkt, sollten Forschungen nicht nur auf reproduzierende Kritik der hegemonialen Lebensbedingungen fokussiert werden, »sondern sich ebenso auf die in ihrem Windschatten gedeihenden Kulturen der Konvivialität konzentrieren. [...] Es ist eine Frage der Perspektive und Methodologie, was wir sehen und sichtbar machen« (Römhild 2018: 65).